



Grüne



SPD

Freunde des Sandhäuschens e.V.: Nr. 3/2008



„Nur Mut-wir bleiben dran!“

www.sandhaeuschen-ja.de

Geht Macht vor Recht ?

Das Urteil des Verwaltungsgerichtes zur Zulässigkeit des Bürgerbegehrens „Rettet das Sandhäuschen“

macht klar, dass unser Bürgerbegehren aus sich heraus zulässig war und der Rat es erst mit seinem Beschluß vom 12.12.2007 unzulässig gemacht hat. Die Stadt hat nur Recht bekommen, weil sie scheinbar die Möglichkeit hat, ein Bürgerbegehren leer laufen zu lassen. Bestätigt wurden wir Bürger, weil wir in der Sache des Bürgerbegehrens alles richtig gemacht haben ! Die Bürger sind moralischer Sieger und gehen in Berufung gegen dieses Urteil !

Damit zeigt sich, dass derjenige, der außerhalb förmlicher Verfahren mit bürgerschaftlichem Engagement um gütliche Einigung („Kooperation statt Konfrontation“) bestrebt ist, nicht belohnt wird, sondern ihm die verstrichene Zeit zum Nachteil gereicht. Denn hätte man ohne Umschweife das Klageverfahren knallhart durchgezogen, wäre sehr wahrscheinlich keine Unzulässigkeit eingetreten. Die Stadt hätte dann den Bürgerentscheid organisieren müssen (Kosten ca. 150.000 €) und bei einem sehr wahrscheinlichen positiven Ausgang für die Bürger hätte die Stadt Aachen die Instandsetzungskosten (nur ca. 200.000 €) übernehmen müssen. Die Kultur-und Gemeinschaftsanlage Sandhäuschen wäre neu verpachtet worden. Das hat die Stadt gehaut und eine Strategie ergriffen, um ihre finanziellen Interessen gegen die Bürger durchzusetzen.

Die Verhinderungsstrategie von Rot-Grün und Teilen der Stadtverwaltung

Das Gericht hat alle anderen angeführten Gründe der Stadt für den Unzulässigkeitsbeschluß des Rates vom 06.09.2006 nicht bestätigt. Diese konstruierten Gründe im Unzulässigkeitsbeschluss waren nur der nächste Schritt zur Verhinderung des Bürgerwillens nach dem Einbau des Haupthindernisses für den Verpachtungserfolg: die Auflage, dass der Pächter die gesamten Instandsetzungskosten vorfinanzieren müsse. Nachdem von den Bürgern doch ein Pächterbewerber gefunden wurde, bestellte die Stadt einen Gutachter (DEHOGA). Seine nur auf dieses eine Konzept bezogene Beurteilung wurde dann kurzerhand zu einem „negativen allgemeingültigen Gutachten“ hochstilisiert, das unsachgemäß allen weiteren Pächterkonzepten pauschal die Wirtschaftlichkeit absprach!

Gleichzeitig wurde die von den Bürgern und Fachleuten erarbeitete Machbarkeitsstudie rundweg ignoriert. Dann wurde in aller Eile dem Rat mittels einer mit unzutreffenden Fakten versehenen Ratsvorlage die Richtigkeit des Verwaltungshandelns suggeriert. Mit knapper Rot-Grüner Mehrheit in der Bezirksvertretung und im Rat wurde dann am 12.12.2007 ein Abrißbeschluß für das Sandhäuschen durchgesetzt. Mit dem Resultat, dass weitere Pachtbewerber entmutigt und das schwebende Bürgerbegehren formaljuristisch unzulässig erschien. So versuchte die Rot-Grüne Ratsmehrheit und Teile der Stadtverwaltung Ihre Interessen gegen den offenkundigen Bürgerwillen durchzusetzen, um den Bereich Sandhäuschen für sich profitabel zu vermarkten. Unsere ausführliche Dokumentation zu dieser politischen Verhinderungsstrategie ist nachzulesen unter www.sandhaeuschen-ja.de/aktuelles.

Es ist grundsätzlich etwas faul mit der Demokratie in Deutschland und in Aachen!

Bürgerbegehren auf Bezirksebene werden bei diesem Verständnis der Gerichte entwertet, da es der Stadtrat immer in den Händen hat, sie kurzerhand unzulässig zu machen. Das ist ein weiterer wesentlicher Beitrag zur Politikverdrossenheit durch Mißachtung des Bürgerwillens. Es ist besonders bitter, wenn die Mehrheitsparteien in Aachen unverfroren weiter von „sozial“ (SPD) und „bürgernahem Dialog“ (Grüne) reden. Die Quittung bei den Kommunalwahlen Juni 2009 kommt gewiß!

Weiterer Druck auf Laurensberger Bürger !

Ganz aktuell wird der Landwirt auf Gut Barriere vom Immobilienmanagement massiv gedrängt, seinen Hof bald zu verlassen. Das Argument: „es ist kein Platz mehr für Landwirtschaft, wenn hier oben neue Häuser gebaut werden!“ Die aktuellen Bebauungspläne haben eine mögliche Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Existenzfähigkeit des Gutes zur Folge.- Damit wird gegen eine weitere bekannte Institution von Laurensberg, die seit über 90 Jahren an dieser Stelle wirtschaftet, aggressiv vorgegangen. **Das ist der nächste Skandal nach dem skandalösen Abrißbeschluß zum Sandhäuschen !**